Kreis Mettmann
Der Landrat

Beratungsergebnis zu Vorlage Nr. 40/002/2007

Schulausschuss am 22.02.2007

Zu Punkt 4:	Errichtung von Förderschulen für die Förderschwerpunkte Geistige Entwicklung sowie Körperliche und motorische Entwicklung im Kreis

Herr Fliegauf geht zunächst auf das Schreiben der Elternpflegschaft vom 05.02.2007 ein und weist darauf hin, dass auf Grund der gestiegenen Schülerzahlen eine Interimslösung notwendig wird. Ein Gespräch mit der Schule und der Elternpflegschaft sei bereits terminiert.
In Bezug auf die Machbarkeitsstudie des LVR erläutert Herr Fliegauf die wichtigsten Zahlen, die für die Errichtung einer vierten Schule im Kreis sprechen. Die Fragen von Frau Gronemeyer, Herrn Hübinger, Herrn Osterwind und Herrn Schulze Neuhoff beantwortet Herr Fliegauf wie folgt:

1. Es bestehen bereits Überlegungen in Bezug auf ein Grundstück. Im März sollen erste Gespräche mit einem Träger geführt werden. Erste Planungskosten sind vom Bauamt im Haushalt veranschlagt worden.
2. Im Einvernehmen mit der unteren Schulaufsicht ist festgelegt worden, dass keine weiteren Schüleraufnahmen in Velbert stattfinden.
3. Es ist beabsichtigt, mit der Schule und der Elternpflegschaft nach Ausweichmöglichkeiten zu suchen (z.B. Aufnahme in anderen Schulen), die zu Beginn des neuen Schuljahres greifen sollen.
4. Für Schüler mit Förderschwerpunkt Körperliche und motorische Entwicklung ist der Landschaftsverband, für Schüler mit dem Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung ist der Kreis zuständig. Dieser Schülerkreis vermischt sich aber. Die Machbarkeitsstudie stellt ausdrücklich fest, dass es Schnittmengen gibt. Daher ist daran gedacht, nach weiteren noch vorzunehmenden Überprüfungen der in Frage kommenden Schülerinnen und Schüler in einem Pilotprojekt im Kreis Mettmann eine Förderschule zu errichten mit einer Abteilung des Landschaftsverbandes und einer Abteilung des Kreises, mit dem Ziel, die beiden Abteilungen in der gemeinsamen Schule so zusammenzuführen, dass eine optimale Beschulung ausgerichtet am Bedarf der Schüler gewährleistet ist. Eine solche Lösung werde auch ökonomische Vorteile gegenüber der jetzigen Situation aufweisen.

Herr Tondorf weist darauf hin, dass es unstrittig sei, dass die Förderschulen des Kreises insgesamt über zu wenig Schulraum verfügten und dass der Landschaftsverband von der Zuständigkeit her verpflichtet sei, etwa 2/3 der Schüler aus dem Kreis zu beschulen. Diese Schüler sollten aber nach dem Prinzip der Wohnortnähe im Kreis beschult werden, und zwar entweder mit dem Landschaftsverband zusammen oder, wenn dies nicht möglich ist, in der Trägerschaft und Verantwortung des Kreises.

Für Frau Gronemeyer geht aus der Machbarkeitsstudie nicht klar hervor, welche Vorstellungen der Landschaftsverband für den Fall hat, dass es zu einer Kooperation zwischen ihm und dem Kreis kommt.

Herr Janssen erklärt, dass über die Art der von der Verwaltung vorgesehenen Zwischenlösung im nächsten Schulausschuss berichtet werden soll, dass für die Beteiligung an dem Pilotprojekt in den Haushalt entsprechende Planungskosten eingestellt werden sollen und dass die Verwaltung vor der Umsetzung über die jeweiligen Ergebnisse der Verhandlungen mit dem Landschaftsverband den Schulausschuss unterrichtet.

Herr Schulze Neuhoff erklärt, dass die Errichtung einer neuen Schule die vernünftigste Lösung sei, um die Trägerfrage zu klären.

Herr Fliegauf gibt zu bedenken, dass ohne eine neue Schule nicht nur in Velbert, sondern auch in Langenfeld angebaut werden müsse.

Herr Rohde weist darauf hin, dass auf Grund weiterer Interessenten an diesem Pilotprojekt die Verwaltung einen klaren Auftrag bekommen müsse, dem Landschaftsverband das Interesse des Kreises an dem Pilotprojekt und an entsprechenden Verhandlungen mitzuteilen. Ferner müsse der Kreis ein Planungsgrundstück vorweisen können.

Beschluss:

1. Der Schulausschuss beauftragt die Verwaltung, die Teilnahme des Kreises an dem Pilotprojekt des Landschaftsverbandes zur Erprobung neuer Organisations- und Kooperationsformen im Bereich der Förderschulen sicherzustellen.

2. Für die Beteiligung an dem Pilotprojekt sind die notwendigen Planungskosten in den Haushalt einzustellen.

3. Die Verwaltung unterrichtet den Schulausschuss vor der Umsetzung über die jeweiligen Ergebnisse der Verhandlungen mit dem Landschaftsverband.

4. Über die Art der von der Verwaltung vorgesehenen Zwischenlösung für die Schule in Velbert wird im nächsten Schulausschuss berichtet.

Abstimmungsergebnis:

Zu 1. mehrheitlich angenommen
7 Ja-Stimmen CDU-Fraktion
5 Ja-Stimmen SPD-Fraktion
1 Nein-Stimme Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
1 Ja-Stimme FDP-Fraktion
1 Ja-Stimme UWG-ME-Fraktion

Zu 2. mehrheitlich angenommen
7 Ja-Stimmen CDU-Fraktion
5 Ja-Stimmen SPD-Fraktion
1 Nein-Stimme Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
1 Ja-Stimme FDP-Fraktion
1 Ja-Stimme UWG-ME-Fraktion

Zu 3. einstimmig angenommen

Zu 4. einstimmig angenommen